

**Tag der Wirtschaft**  
**13. September 2002, St. Gallen**

## **economisesuisse – Tag der Wirtschaft**

Präsidentenansprache von Ueli Forster  
am Tag der Wirtschaft vom 13. September 2002 in St. Gallen

Sehr geehrte Damen und Herren

Ein schleppender Konjunkturgang, spektakuläre Unternehmenszusammenbrüche, Bilanzmanipulationen in den USA und raffgierige Manager haben auch unsere Wirtschaft einem jähen Vertrauensschwund in Bevölkerung und Politik ausgesetzt. Hat die Marktwirtschaft ihre Aura verloren? Sind wir zwölf Jahre nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems wieder an einer Wegmarke angelangt? Dieses ist ja – glücklicherweise – daran gescheitert, dass es den Menschen, den es dazu gebraucht hätte, nicht gab und nicht gibt. Müssen wir heute feststellen, dass die Marktwirtschaft aus demselben Grund scheitert, weil es die dazu entsprechende Unternehmerschaft nicht gibt? Ist der Kapitalismus nach seinem Sieg im Wettbewerb der Systeme dabei, sich selbst zu zerstören? Spätmarxisten kommt es auf alle Fälle nicht ungelegen, wenn nun auch das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System Schwächen zeigt. Schlägt nach einer historisch kurzen Phase der Liberalisierung und Deregulierung das Pendel des Staatsinterventionismus deshalb wieder zurück? Mit solchen Fragen möchte ich mich in meinem ersten Präsidentenreferat in der gebotenen Kürze etwas näher auseinander setzen.

Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass unser Land – trotz konjunktureller Eintrübung und Börsenflaute – sich nach wie vor in einer relativ günstigen Lage befindet. Nach den jüngsten gängigen «Ranglisten» hat die Schweiz sogar eher wieder leicht Terrain gewonnen. Dies ist umso erfreulicher, als die Fortschritte auf Verbesserungen in Politikfeldern beruhen, in denen economisesuisse besonders aktiv war und ist (Bildungs- und Forschungspolitik, Infrastrukturpolitik). Andererseits sollten diese «Hitlisten» nicht überbewertet werden, handelt es sich doch lediglich um Momentaufnahmen. Wettbewerb zwischen Nationen ist jedoch ein dynamischer und relativer Prozess. Es kommt deshalb nicht nur darauf an, was die eigene

Wirtschaftspolitik für Verbesserungen realisiert, sondern wo sie im Quervergleich mit den stärksten Wettbewerbsnationen steht. Während es für Unternehmen in turbulenten Märkten ohnehin nie ein Ausruhen geben wird, gilt dies heute auch für Länder, auch wenn dies Teile der Politik wohl noch immer nicht ganz begriffen haben. Das Produkt, das Länder im Rahmen des internationalen Standortwettbewerbs anbieten, sind Pakete von öffentlichen Leistungen (wie Rechtssicherheit, Infrastruktur, Ausbildung, soziale Sicherung usw.). Als Gegenleistung für diese öffentlichen Güter werden Steuern bezahlt. Damit ist auch gesagt, dass es im internationalen Standortwettbewerb nicht so sehr auf die tiefsten Steuersätze ankommt als auf den günstigsten Mix von öffentlichen Gütern einerseits und Steuern andererseits. Zweifel, dass dieser Mix für die Schweiz nicht mehr ganz stimmen könnte, waren denn auch für *economiesuisse* Anlass für unser Steuer- und Ausgabenkonzept. Letzteres zeigt klar, dass es möglich ist, die Kernaufgaben eines liberalen, sozial verpflichteten Staates bei einer tieferen Staatsquote zu erfüllen. Nur ein Ende der organisierten Verantwortungslosigkeit, wie die NZZ das finanzpolitische Geschehen unter der Bundeshauskuppel beschreibt, kann einen endgültigen Fall der Schweiz ins Mittelmaß verhindern. Bringt die Schweiz diese Kraft nicht mehr auf, so bleibt nur noch die nüchterne Feststellung, dass Gleichgültigkeit, Ignoranz und letztlich eben auch politische Verantwortungslosigkeit das öffentliche Bewusstsein mehr beeinflussen als Einsicht in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge.

Vor diesem Hintergrund eröffnet der neueste Voranschlag und der Finanzplan des Bundes mit einem Wachstum von Ausgaben und Fiskaleinnahmen zwischen vier und fünf Prozent pro Jahr bis 2006 keine vertrauensschaffenden Perspektiven. Wie der Bundesrat auf diese Weise die Ziele seines Finanzleitbildes erreichen will, ist mir schlicht schleierhaft. Ohne klare Prioritätensetzung ist eine Trendwende im Bundeshaushalt nicht zu schaffen. Unser Ausgabenkonzept zeigt den Weg hierzu auf. Die Umsetzung braucht allerdings Mut und Standfestigkeit. Für uns vorrangig ist der Bildungs- und Forschungsbereich, weil der Zusammenhang zwischen Humankapital und Wirtschaftswachstum evident ist. Die Schweiz braucht ein Bildungs- und Forschungssystem, das zu den besten der Welt gehört. Dafür darf es nicht an Geld fehlen, weshalb wir für ein jährliches Wachstum von 6,5 Prozent für die Periode 2004 bis 2007 plädieren. Das liegt im Rahmen unseres Ausgabenkonzepts. Forschung braucht allerdings auch gesellschaftliche Akzeptanz und geeignete rechtliche Rahmenbedingungen. Wenn über Gen-Lex die wichtige medizinische und biologische Forschung eingeschränkt wird, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die privatwirtschaftliche Forschung abwandert. Schliesslich darf die Investitions- und Innovationsbereitschaft nicht durch steigende Steuern und staatliche Abgaben drangsaliert werden, weil unter solchen Bedingungen auch noch so hohe Bildungsausgaben volkswirtschaftlich wenig zu bewegen vermögen. «Expanding education is worth little if incentives to invest in the future are not there.»

Der Prozess der schöpferischen Zerstörung, bei dem das Alte niedergerissen wird, um Neues zu schaffen, ist zum Sinnbild unserer Tage geworden. Aber die Umbrüche in der Wirtschafts- und Unternehmenslandschaft sind für viele Menschen zu einer Strapaze geworden. Sie fürchten den Wandel, obwohl sie wissen, dass sich die Welt immer verändert hat und dabei meist auch Fortschritte erzielt worden sind. In solchen Zeiten herrscht nicht nur Angst und Unsicherheit. Sie bietet auch einen guten Nährboden für die «agents provocateurs» und die «terribles simplificateurs». Die Schweiz scheint dabei für Selbstgeisselungen und Masochismus besonders anfällig zu sein. Althergebrachte Feindbilder werden deshalb auch vermehrt gepflegt. Andere kleine Länder verstehen es besser, im internationalen Standortwettbewerb und beim Auftreten ungewöhnlicher Ereignisse die Reihen zu schliessen und häusliche Debatten und Selbstvorwürfe zurückzustellen. Das sieht man gerade auch in den Bilateralen II. Triumphe feiert heute in unserem Land die Verallgemeinerung, indem man nach dem induktiven Ansatz von Einzelfällen immer gleich auf die Gesamtheit schliesst. Es ist dann gesinnungsethisch nur noch ein kleiner Schritt, alle Unternehmer in einen Topf zu werfen und gegen das im Grunde genommen ungeliebte kapitalistisch-marktwirtschaftliche System aufzuwiegeln. Rentenklau, Abzocker, spekulative Pleitegeier usw. sind die gängigen, verallgemeinernden Vokabeln.

Ich möchte nicht missverstanden werden. Es geht mir nicht um die Verteidigung von in die Kritik geratenen Wirtschaftsgrössen. Wichtig ist deshalb, Einzelversagen und Systemfehler zu unterscheiden. Auch wenn die öffentliche Wahrnehmung naturgemäss von einzelnen grossen Skandalen geprägt wird, müssen wir uns an den 300'000 Unternehmen ausrichten, die in der grossen Mehrheit vorzügliche Arbeit leisten. Es stört mich, wenn die Marktwirtschaft immer wieder für Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht wird, die gerade nicht aus dem Walten von Angebot und Nachfrage entsprungen sind, sondern aus eklatanten Verstössen gegen dieses Prinzip (Überregulierungen, Wohnungsmarkt, Agrarpolitik usw.). In diesem Zusammenhang darf gerade *economiesuisse* für sich in Anspruch nehmen, immer wieder in Erinnerung gerufen zu haben, dass eine funktionierende Marktwirtschaft neben dem Rechtsstaat auch einer ethischen Grundlage bedarf.

Aus meiner langen beruflichen und verbandspolitischen Tätigkeit weiss ich, dass die Marktwirtschaft als Ordnungsprinzip gegenüber den Verheissungen der Politik stets in der Defensive ist. Der latente Widerstand fokussiert sich dabei vor allem auf das Prinzip der Lenkung durch den Markt, wobei zwei Quellen der Kritik besonders hervorstechen: Zum einen die unterschwellige Unzufriedenheit mit jedem Ergebnis des marktwirtschaftlichen Verteilungsprozesses, weil es Gerechtigkeitsvorstellungen vieler nicht entspricht, und zum andern die mit der Dynamik des Marktes verbundene Bedrohung individueller und/oder gruppenbezogener Besitzstände und Privilegien. Der Markt sei daher unsozial. In der Tat ist der Markt aber kalt und unbestechlich, weil man sich seinen Sanktionen nie entziehen kann. Darin

liegt wohl aber gerade seine Hauptstärke. Nur über den Markt lässt sich das Problem der Knappheit angehen und werden die richtigen Verhaltenssignale ausgesendet. Auf diese Weise fördert er Kreativität, Wagemut, Innovation und Sparsbereitschaft. Respekt vor dem Eigentum und der Persönlichkeit des andern, Einhalten von Versprechungen und Ehrlichkeit sind für das Markthandeln unentbehrlich. Dies sind sozusagen die moralischen Institutionen der Marktwirtschaft, weshalb es auch ein Unsinn ist, Ökonomie und Ethik voneinander trennen zu wollen. Nur der Markt und eine verlässliche Wettbewerbsordnung sorgen immer wieder von neuem für Erneuerung, Wachstum und Wohlstand.

Ein wichtiger Markttest steht der Schweiz mit der Abstimmung über das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) in Kürze bevor. Wohl nicht zuletzt aus diesem Grund benützen die Gegner die Vorlage vielmehr als Vehikel zur gehässigen Abrechnung mit der Marktwirtschaft, der Liberalisierung und der Globalisierung. Die Abstimmung wird – so Bundesrat Moritz Leuenberger – zum Anlass einer Abstimmung über Seattle, Genua, Ebner, und sie wird auch so begründet. Dabei ist unter allen Vorlagen zur Marktöffnung – von der Telekommunikation bis zur Post – das EMG wohl die am besten flankierte Gesetzgebung. Das Gesetz ist – entgegen aller Verteufelung – zugunsten des Service public, zur Erhaltung der Wasserkraft und zur Begünstigung alternativer Energien ausgestaltet worden. Für Konsumenten wird der Markt so einfach werden wie beim Telefon. Zu meinen, die Entwicklung liesse sich durch ein Nein aufhalten, ist ein Irrtum. Bei einer Ablehnung ginge die faktische Marktöffnung unter europäischem Druck gleichwohl weiter, aber ungeordnet und ohne Leitplanken, was letztlich vor allem für die kleinen Marktteilnehmer Nachteile mit sich brächte. Zudem würde die Schweiz gegenüber dem Ausland in Sachen Rahmenbedingungen im Infrastrukturbereich noch weiter ins Hintertreffen geraten. Gleichzeitig demonstrierte sie ihre Reformunfähigkeit, was der Standortqualität kaum zuträglich wäre. Vor lauter Zukunftsangst ginge sozusagen die Gegenwart verloren. Auf dem Resonanzboden allgemeiner Verunsicherung hat es zukunftsgerichtete Politik schwieriger als rückwärtsgerichtete, polemisch artikulierte Mutlosigkeit.

Mit den gleichen Akzeptanzproblemen wie die Marktwirtschaft kämpft wohl auch die Freiheit. Zwar impliziert die Ethik des Marktes auch die Freiheit des Einzelnen und damit verbunden den Respekt vor den Präferenzen des Individuums. Zur Freiheit gehört aber auch der Begriff der individuellen und kollektiven Verantwortung. Im Spannungsfeld von Freiheit und Verantwortung wird letztere in der Öffentlichkeit mit Recht immer schärfer wahrgenommen. Bereicherungen von Managern, Bilanzfälschungen oder mangelnde Transparenz haben deshalb sehr wenig mit der Freiheit im System, sondern vielmehr mit einem Defizit unternehmerischer Verantwortung zu tun. In einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit wieder zunimmt und eine steigende Zahl von Menschen auf die Sozialhilfe angewiesen ist, nährt dies aber nicht nur Zweifel an der Freiheit, sondern gibt auch Auftrieb für neue staatliche Regulierung-

gen. Das scheint mir auch die Ursache dafür, dass die Wertschätzung der Freiheit zugunsten von Sicherheitsstreben abnimmt. Der verstärkte Drang nach Schutz und Sicherheit bringt aber unsichere Menschen hervor, die Gefahr laufen, ihre Freiheit ganz zu verlieren (Jürgen Jeske). Der Kampf um die richtige Mischung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit wird uns wohl noch eine Weile auf Trab halten.

Die Wirtschaft kämpft nicht für die Vision der schrankenlosen Freiheit, sondern für die Freiheit des Wirtschaftens unter dem Gesetz. Selbst der als Inbegriff des schrankenlosen Kapitalismus gescholtene Milton Friedman begründet in seinem Werk «Kapitalismus und Freiheit» die Notwendigkeit einer Regierung als Spielleiter und Schiedsrichter, weil es die absolute Freiheit nicht geben kann. Probleme entstehen jedoch unweigerlich, wenn der Staat selbst zum Spieler und Schiedsrichter wird. Generell gesagt geht es deshalb heute um Gefährdungen der Freiheit, die aus einer wachsenden Staatsquote, aus einem uferlosen Wohlfahrtsstaat und einem kaum mehr durchschaubaren gesetzlichen Regulierungsdschungel erwachsen. Freiheitliche Ordnungspolitik bleibt daher eine grosse Aufgabe. Dabei ist es sicher nützlich, wenn nachgewiesen werden kann, dass freiheitliche Ordnungen mehr Wachstum, weniger Inflation und Arbeitslosigkeit, höhere Lebenserwartung und sogar mehr Wohlstandsgleichheit bringen als weniger freiheitliche.

Vertrauen zu einer liberalen Ordnung stellt sich aber nicht von selbst ein. Umso wichtiger ist es deshalb, wie die Unternehmerschaft die Freiheit nutzt. Deshalb steht heute das Ethos des Unternehmertums mehr denn je auf dem Prüfstand. Es ist gefordert, und zwar in allen unternehmerischen Situationen: in der Führung der Mitarbeiter, im Umgang mit den Aktionären, in der Publizitätspolitik, bei Innovationen und Rationalisierungen usw. Vor allem aber ist in einer elektronisch vernetzten Welt, in der alle interessierten Menschen Zugriff zu fast allem haben, auch mehr unternehmerische Offenheit, mehr Transparenz gefordert. So sind heute grosse Unternehmen immer auch öffentliche Unternehmen. In diesem Licht gesehen ist die Vertrauenswürdigkeit eines Unternehmens längst zu einem strategischen Erfolgsfaktor geworden. Auch wenn es letztlich immer darum geht, Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen auf wirtschaftliche Weise zu befriedigen und dabei Arbeit und Kapital wettbewerbsfähig zu entschädigen bzw. zu verzinsen. Damit dient der Unternehmer nicht nur dem Gemeinwohl, sondern ebenso sehr Shareholder- und auch Stakeholderinteressen.

Ich weiss, dass in vielen schweizerischen Unternehmen dieses Ethos gepflegt und gelebt wird. Deshalb wehre ich mich auch so entschieden gegen neue freiheitsbeschränkende Eingriffe, unter welchen fadenscheinigen Vorwänden auch immer. Es ist kein Argument gegen individuelle Freiheit, dass sie oft missbraucht wird. Die zivilisierte Welt ist zivilisiert, weil sie ihren Bürgern Eigenverantwortung und Freiheit zugesteht. Sie ist zivilisiert, weil sie nicht alles und jedes regulieren und kontrollieren will. Das ist die gesellschaftspolitische und

wirtschaftliche Stärke einer freiheitlichen Ordnung, weil sie Raum schafft für Spontanes, neue Entwicklungen und Selbstentfaltung bei Gewährung einer genügenden Privatsphäre. «Unser Vertrauen auf die Freiheit beruht nicht auf den voraussehbaren Ergebnissen in bestimmten Umständen, sondern auf dem Glauben, dass sie im Ganzen mehr Kräfte zum Guten als zum Schlechten auslösen wird» (F. A. Hayek, die Verfassung der Freiheit, S. 40).

Wir müssen diese Erkenntnis immer wieder von neuem in politisch attraktive Botschaften umsetzen. Dazu muss ökonomisches Wissen noch mehr zum Motor konzeptioneller Orientierungen auf dem ganzen Feld der Wirtschaftspolitik werden. Gute Ansätze sind in der Steuer- und Finanzpolitik sowie der Bildungs- und Forschungspolitik gemacht worden. Diese Angebote sind umso wichtiger, als politische Mehrheiten allein nicht immer erkennen, welche Politik die ökonomisch richtige oder vernünftiger ist, wo die Gefährdung des marktwirtschaftlichen Systems durch «verantwortungsbewussten Pragmatismus» beginnt und in eine die Gesamtordnung schwächende Ordnung umschlägt. Natürlich muss die Politik mehrheitsfähig sein, was zwangsläufig Kompromisse erfordert. Dazu braucht es aber Orientierungswissen.

Lassen Sie mich ein Fazit ziehen:

Vertrauen ist sowohl ein einzelwirtschaftlicher als auch ein sozialer Produktionsfaktor. Es erzeugt damit in einer Gesellschaft externe Effekte. Vertrauen beeinflusst nicht nur in positiver Weise Konjunktur und Wachstum, sondern trägt auch zur Ordnung der Wirtschaft bei. Damit wird der Aufbau eines aufwändigen Kontrollapparats vermieden. Insoweit ist es wohl nicht zu weit gegriffen, beim Vertrauen von einer Form von Sozialkapital zu sprechen. Es ist im Sinne von Walter Eucken ein ordnungsstiftendes Element der sozialen Marktwirtschaft. Ohne Systemvertrauen können Institutionen ihre Aufgaben in der Marktwirtschaft nur eingeschränkt oder überhaupt nicht wahrnehmen. Vertrauen macht Regulierungen und erst recht Überregulierungen überflüssig (Friedrich L. Sell). Da Moral sich nicht gesetzlich dekretieren lässt und erzwungenes Wohlverhalten bestenfalls eine gewisse Sicherheit schafft, vermögen neue Regulierungen unter den heutigen Gegebenheiten wahrscheinlich auch nur wenig zu bewirken. Das Entscheidende ist die Wiederherstellung des Vertrauens. Corporate-Governance-Regeln, die konsequent angewendet und eingesetzt werden, sind dabei wichtig und hilfreich. Ebenso braucht es hierzu aber auch die zwingende Beobachtung und Durchsetzung von Regeln unserer Zivilgesellschaft wie des Grundsatzes von Treu und Glauben. Schliesslich bedarf es der Aufdeckung und Verfolgung von Unternehmensskandalen. Nur auf diese Weise kann ein Selbstheilungsprozess in Gang kommen und wieder neues Vertrauenskapital geschaffen werden.

In der Höhe der Staatsquote widerspiegelt sich letztlich immer die Präferenz der Bürger für das gewünschte Mass an öffentlichen Gütern und sozialstaatlicher Absicherung. Insofern gibt es verschiedene Staatsquoten, mit denen ein Land glücklich sein kann. Querschnittsuntersuchungen zeigen aber deutlich, dass Staaten mit geringerer Staatsquote und geringerer Steuerbelastung schneller wachsen als solche mit einem grösseren Staatsanteil. Da die Schweiz auf nachhaltiges Wachstum und hohe Beschäftigung dringend angewiesen ist, liegt es nun am Bundesrat und vor allem an den bürgerlichen Parteien, die vielen finanzpolitischen Denkanstösse unseres Ausgabenkonzepts aufzugreifen.

Niemand in diesem Saal bestreitet wohl, dass der Staat wirtschafts- und sozialpolitische Kernaufgaben hat, die er effizient wahrzunehmen hat. Es ist für uns auch unbestritten, dass Schwache, Kranke und Arbeitslose, die auf der «Verliererseite» des Lebens stehen, nicht allein gelassen werden dürfen. Dies vorausgesetzt, verlangt der hohe Lebensstandard in unserem Land aber auch einen steigenden Grad an Eigenverantwortung und Selbstvorsorge. Verantwortungsbewusste Menschen sind ebenso Teil einer möglichst freiheitlichen sozialen Marktwirtschaft wie ein verantwortliches Unternehmertum. Hinzu kommt für unser Land, dass eine Sicherung und Mehrung von Wohlstand und Beschäftigung nur zu erreichen ist, wenn die gute Position der Schweiz auf dem Weltmarkt gehalten werden kann.

Nur eine Politik der Freiheit ist sowohl für den Einzelmenschen als auch für die Gesellschaft eine echte Politik des Fortschritts. Deshalb ist das Ende des marktwirtschaftlichen Systems ebenso wenig in Sicht wie das Ende der Geschichte. Allerdings kommt auch unsere Zeit nicht ohne die alten Tugenden aus. Offenheit gegenüber Neuerungen, Dialog, Toleranz, Mobilität, Fairness und die Bereitschaft, demokratische Institutionen zu stärken, sind Merkmale einer freiheitlichen Gesellschaft, die sich durch einen hohen, wachsenden Lebensstandard auszeichnet. Dafür setzen wir uns ein.

13. September 2002